



Interviews

12. Dezember 2023

Karl-Josef Laumann im Gespräch mit Moritz Küpper

Moritz Küpper: Am Telefon ist Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit und Soziales in Nordrhein-Westfalen, Vorsitzender der CDA, der Arbeitnehmerschüsse der CDU, und auch Mitglied in der Kommission zur Erarbeitung dieses neuen Grundsatzprogramms. Guten Morgen!

Karl-Josef Laumann: Schönen guten Morgen!

Küpper: Herr Laumann, warum kommen Sie nicht ohne dieses polarisierende Wort der Leitkultur aus?

Laumann: Ich weiß nicht, ob dieses Wort polarisiert. Ich glaube, dass es doch sehr deutlich wird, dass wir in Deutschland auf jeden Fall, weil wir auch wesentlich diverser zusammengesetzt sind, was die Kulturen angeht, wo die Menschen herkommen, was die Religionszugehörigkeiten angeht, trotzdem klarmachen müssen, es muss etwas geben, was alle Menschen in diesem Land verbindet. Das ist vor allen Dingen der Geist und der Inhalt unseres Grundgesetzes und das kann man, finde ich, auch durchaus eine gewisse Leitkultur nennen.

Küpper: Aber warum verweisen Sie dann nicht einfach aufs Grundgesetz und stattdessen wird jetzt wieder in der Öffentlichkeit fast schon reflexhaft – das muss Ihnen ja klar gewesen sein – eine Debatte um diesen Begriff geführt, die Leitkultur?

Laumann: Es ist ja auch gut, wenn darüber Debatten geführt werden. Wenn man nur die letzten Wochen in Deutschland sich anschaut: Es gehört ja aufgrund unserer traurigen Geschichte in der NS-Zeit dazu, dass die deutsche Staatsräson ganz klar proisraelisch ist. Was wir in den letzten Wochen auf unseren Straßen erlebt haben zeigt, wie notwendig es ist, dass alle Menschen auch eine gewisse Struktur kennen von dem, was diesem Land auch aufgrund seiner geschichtlichen Erfahrungen unabdingbar wichtig ist. Dazu gehört ohne Frage zum Beispiel auch der Antisemitismus.

Küpper: Dennoch: Gestern bei der Vorstellung wurde immer wieder betont, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt das Ziel sei. Aber dieser Begriff der Leitkultur scheint ja eher zu spalten? Zumindest gibt es daran heftige Kritik.

Laumann: Ich glaube nicht, dass dieser Begriff spaltet, weil jedem klar ist, was das bedeutet, dass es im Grunde genommen Werte gibt in unserer Gesellschaft, Einstellungen in unserer Gesellschaft gibt, die uns miteinander verbinden und die wir nicht zur Disposition stellen wollen.

Küpper: Die Werte aus dem Grundgesetz?

Laumann: Natürlich sind das die Werte aus dem Grundgesetz und natürlich kann man das auch mal in einen, finde ich, sehr griffigen Begriff wie das Thema Leitkultur zusammenfassen. Und ich finde, es ist ja auch gut so, wenn über bestimmte Begriffe unseres Entwurfes für das neue Grundsatzprogramm eine Diskussion in der Öffentlichkeit entsteht, in der Partei entsteht, in den Medien entsteht. Stellen Sie sich vor, wir würden einen Entwurf machen und niemand würde darüber diskutieren. Ich würde mal sagen, allermanns Freund ist auch allermanns Depp. Das heißt ganz deutlich, dass auch zu einer politischen Partei klar gehört, dass man ein Profil hat, womit man sich vielleicht von anderen abgrenzt, denn wir brauchen ja auch, muss man ganz klar sagen, die Unterscheidbarkeit der demokratischen Parteien, damit überhaupt die Bürgerinnen und Bürger eine Wahl treffen können.

Küpper: Auf diese Unterscheidbarkeit will ich gleich kommen. Nur noch zum Abschluss ganz kurz an diesem einen Punkt: War es Friedrich Merz ein Anliegen, dass dieser Begriff in diesem Entwurf nun auftaucht?

Laumann: Ich kann mich jetzt nicht an Diskussionen in der gesamten Arbeitsgruppe erinnern, wo Friedrich Merz zu diesem Thema sich überhaupt zu Wort gemeldet hat. Ich glaube, dass in der Arbeitsgruppe gesellschaftlicher Zusammenhalt unstreitig war, und es war im Grunde genommen zumindest in den Sitzungen, wo ich beteiligt war, auch nicht das große Thema. Allerdings muss ich dazu sagen, dass ich auch mehr mit den Sozialthemen befasst war.

Küpper: Dann schauen wir noch mal aufs große Ganze. Sie haben gerade gesagt, die CDU solle wieder unterscheidbarer werden. Das war ein Ziel. Ich habe jetzt verschiedene Pressestimmen heute Morgen gesehen. Die einen schreiben, die konservative Revolution ist ausgeblieben. Die anderen schreiben, die CDU ist nach rechts gerückt. Wo positionieren Sie Ihre Partei mit diesem neuen Grundsatzprogramm?

Laumann: Ich glaube, dass wir unsere Partei genau da positionieren, wo sie immer gestanden hat: eindeutig in der politischen Mitte. Dieses Grundsatzprogramm macht ja auch sehr deutlich, dass die CDU nach wie vor nicht nur das C im Parteinamen haben will, sondern dass sie sich auch dem christlichen Menschenbild verpflichtet fühlt, dass sie aus diesem Menschenbild heraus auch die Bürgerin, den Bürger, die Menschen in unserem Land sieht mit einer unverletzlichen Würde. Ich glaube, das ist wirklich CDU seit 1945. Das wird sich auch in dieser Partei nie ändern. Wenn man Politik aus dem christlichen Menschenbild heraus gestaltet, dann ist man weder rechts, noch links, sondern dann steht man an Seite der Menschen, an Seite der Realität, aber mit einer großen Achtung vor der Freiheit des Menschen.

Küpper: Aber hat sich diese Mitte vielleicht verschoben, die Parameter? Wenn ich mir die Punkte bei Ihnen anschau im Programm zur Asylpolitik, dann kann man schon von einer Kehrtwende sprechen.

Laumann: Das würde ich jetzt nicht sagen, sondern ich glaube, ...

Küpper: Wie würden Sie es nennen?

Laumann: Ich würde es mal so nennen, dass in diesem Programm wir einen Weg aufzeigen, wie wir eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für das deutsche Asylrecht behalten. Jeder sieht ja zurzeit, dass wir, was die Frage von Immigration angeht, von Flüchtlingen in unserer Gesellschaft, auch an die Grenzen unserer Möglichkeiten gekommen sind, aber doch nicht durch Flüchtlinge, die aufgrund unseres Asylrechts hierherkommen, sondern auch viele andere. Und es ist ja unstrittig, dass die europäische Asylpolitik nicht gut funktioniert und dass am Ende Deutschland einen Großteil der Verantwortung in diesem Bereich zurzeit übernimmt, und dann ist es doch richtig, dass eine Partei auch darauf reagiert. Im Grunde genommen heißt das ja, was da drinsteht, wir brauchen eine europäische Asylpolitik, weil wir innerhalb Europas die Grenzen offenhalten wollen, und das bedeutet auch, dass man bestimmte Strukturen braucht, um das sicherzustellen.

Küpper: Aber, Herr Laumann, Sie verweisen in diesem Papier auf Asylverfahren in Drittstaaten. Nur diese Drittstaaten außerhalb der EU, die gibt es ja gar nicht. Insofern: Eine richtige Lösung offenbaren Sie da ja nicht.

Laumann: Ja, gut. Ich glaube, wenn man mal an die Kanzlerschaft von Angela Merkel zurückdenken kann, da gab es keine Asylverfahren in Drittstaaten, aber zum Beispiel über das Abkommen mit der Türkei hat Angela Merkel damals sehr dafür gesorgt, dass die Zuströme an Immigration durch Flucht in unserem Land, ich sage mal, einigermaßen beherrschbar waren. Zurzeit haben wir das nicht und ich finde, dass in unser Grundsatzprogramm reingehört, dass wir wollen, dass wir ein Land sind, in dem jeder Mensch, der verfolgt wird, Zuflucht und auch Integration finden kann, aber dass wir das, was darüber hinausgeht, auch kontrollieren wollen. Und dass wir für den Arbeitsmarkt Zuzug brauchen, ist klar, aber der muss dann gesteuert sein.

Küpper: Ist das Ganze ein Bruch jetzt mit der Ära Merkel?

Laumann: Nein! Ich würde das nicht so sagen. Das wird ja immer sofort da reingeschrieben. – Schauen Sie, das letzte Grundsatzprogramm ist 17 Jahre alt. Ich bin jetzt 50 Jahre in der Partei, ich erlebe die dritte Grundsatzdebatte in dieser CDU. Grundsatzprogramme müssen sich ja immer auch erneuern, weil sich auch unsere Gesellschaft weiterentwickelt, und wenn eine Partei mit dieser Entwicklung nicht standhält, dann ist sie irgendwann nicht mehr mehrheitsfähig und macht sich im Grunde selber kleiner und macht sich immer unbedeutender. Deswegen muss eine Partei, ich würde mal sagen, alle 10, 15 Jahre auch ihr Grundsatzprogramm schärfen, was es für die heutige Zeit bedeutet, wobei die Präambel, das heißt die großen Grundsätze der Partei, christliches Menschenbild, Freiheit, Eigenverantwortung, Solidarität, sich nicht verschieben sollten und dürfen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.